

Sächsisches Amtsblatt

Nr. 15/2021

15. April 2021

Inhaltsverzeichnis

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern für die Innenrevisionen des Geschäftsbereichs (VwV Innenrevision SMI) vom 17. März 2021 362

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Gewährleistung der Informationssicherheit im Geschäftsbereich (VwV Informationssicherheit SMF) vom 24. März 2021 366

Sächsisches Staatsministerium für Kultus

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung der Verwaltungsvorschrift über die Errichtung des Landesbeirates für Erwachsenenbildung (VwV LBEB) vom 25. März 2021 368

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zum Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes über die Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zur wesentlichen Änderung des Heizkraftwerkes Leipzig der Firma Stadtwerke Leipzig GmbH am Standort Leipzig Gz.: 44-8431/2061 vom 26. März 2021 369

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen gemäß § 23a Absatz 2 Satz 3 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zum Vorhaben Änderung einer Anlage zur Lagerung von gefährlichen Stoffen der Infineon Technologies Dresden GmbH & Co. KG in Dresden Gz.: DD44-8432/2/41 vom 24. März 2021 371

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zur Entstehung der DL-Stiftung Gz.: 20-2245/668/1 vom 22. März 2021 372

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zur Entstehung der Stiftung Illingmühle Reichenau Gz.: 20-2245/670/1 vom 22. März 2021 372

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Landratsamtes Vogtlandkreis über die Genehmigung der Zweckvereinbarung zur Übertragung der Baulast an der „Unterbuchwalder Straße“ in Buchwald nach § 9 des Sächsischen Straßengesetzes zwischen der Stadt Reichenbach im Vogtland und der Gemeinde Limbach vom 9. März 2021 373

Zweckvereinbarung zur Übertragung der Baulast an der „Unterbuchwalder Straße“ in Buchwald nach § 9 des Sächsischen Straßengesetzes (SächsStrG) 374

Bekanntmachung der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung über die Prüfung und Verwendung von Programmen vom 31. März 2021 375

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern für die Innenrevisionen des Geschäftsbereichs (VwV Innenrevision SMI)

Vom 17. März 2021

Teil A Grundsätze

I. Geltungsbereich

Diese Verwaltungsvorschrift gilt für die im Staatsministerium des Innern und in seinen unmittelbar nachgeordneten Staatsbehörden eingerichteten und einzurichtenden Innenrevisionen. Sie regelt die Grundsätze und das Verfahren zur Aufgabenerfüllung der Innenrevisionen und stellt einheitliche Maßstäbe und Verfahrensweisen sicher.

II. Bedeutung und Ziele der Innenrevision

1. Die Innenrevision ist ein wichtiges Instrument der Behördenleitung zur Wahrnehmung ihrer Führungs- und Steuerungsfunktion. Sie erbringt in deren Auftrag unabhängige und objektive Prüfungs- und Beratungsleistungen, die darauf ausgerichtet sind, Mehrwerte zu schaffen und Prozesse zu verbessern. Sie unterstützt und entlastet die Behördenleitung bei der Wahrnehmung ihrer Gesamtverantwortung und bei der Erreichung ihrer Ziele im Hinblick auf
 - a) die Effektivität des Risikomanagements. Dieses erfasst alle Tätigkeiten, die darauf ausgerichtet sind, Risiken frühzeitig und systematisch zu erfassen, zu steuern und zu überwachen, um das Erreichen der Ziele zu gewährleisten;
 - b) die Angemessenheit und Effektivität der Führungs- und Überwachungsprozesse sowie des internen Kontrollsystems (IKS). Das IKS bezeichnet die Gesamtheit aller in einer Behörde, deren Organisationseinheiten und ihren Prozessen bestehenden Kontrollen, die sicherstellen sollen, dass die jeweiligen Prozess- und die Organisationsziele mit hinreichender Sicherheit erreicht werden;
 - c) die Sicherstellung der Qualität, der Innovation, der Effizienz und der Effektivität des Verwaltungshandelns;
 - d) die ordnungsgemäße, zweckmäßige und wirtschaftliche Aufgabenerledigung.
2. Die Innenrevision vermittelt die Sicht einer Arbeitseinheit, die am untersuchten Prozess nicht beteiligt ist. Sie hat zudem präventive Funktion und trägt auch dazu bei, die Kultur und Qualität des Verwaltungshandelns zu verbessern. Die Innenrevision soll die Bediensteten bei der Aufgabenerledigung unterstützen.

III. Einrichtung und Organisation

1. Im Staatsministerium des Innern sind auf der Grundlage von Hauserlassen zwei Innenrevisionen eingerichtet:
 - a) Die dem Amtschef zugeordnete Stabsstelle Innenrevision (Innenrevision SMI) ist für das Staatsministerium des Innern und seinen unmittelbar nachgeordneten Staatsbehörden zuständig, mit Ausnahme der in Buchstabe c bezeichneten Behörden und soweit in den dem Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordneten Staatsbehörden keine eigenen Innenrevisionen eingerichtet sind. Hiervon unberührt bleibt die der Innenrevision SMI durch den Amtschef mit Prüfungsauftrag zugewiesene Zuständigkeit für alle dem Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordneten Staatsbehörden. Daneben obliegen der Innenrevision SMI die in Teil A Ziffer IV Nummer 7 und 8 benannten Zuständigkeiten.
 - b) Zusätzlich ist die Innenrevision SMI die nach Ziffer IV Nummer 1 der VwV Anti-Korruption vom 11. Dezember 2015 (SächsABl. S. 1847), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 17. Dezember 2019 (SächsABl. SDR. S. S 334), bestimmte Organisationseinheit und nimmt für das Staatsministerium des Innern die in Ziffer IV Nummer 1 der VwV Anti-Korruption aufgeführten Aufgaben wahr.
 - c) Die dem Landespolizeipräsidenten zugeordnete Stabsstelle Innenrevision Polizei (Innenrevision Polizei) ist für die dem Staatsministerium des Innern nachgeordneten Polizeidienststellen und die Hochschule der Sächsischen Polizei (FH) zuständig.
2. Innenrevisionen sind auf der Grundlage von innerbehördlichen Anweisungen eingerichtet bei
 - a) der Landesdirektion Sachsen. Diese ist als Stabsstelle einem der Vizepräsidenten zugeordnet;
 - b) dem Landesamt für Verfassungsschutz. Diese ist als Stabsstelle dem Präsidenten zugeordnet.
3. Die Entscheidung, ob eine Innenrevision eingerichtet, nicht eingerichtet oder aufgelöst wird, soll auf der Grundlage einer Analyse und Bewertung der vorhandenen Gefährdungen und Risiken (Risikoanalyse) getroffen werden. Bei dieser Entscheidung ist die Innenrevision SMI zu beteiligen.
4. Die Innenrevision ist organisatorisch als Stabsstelle einzurichten und soll der Behördenleitung oder ihrer Vertretung unmittelbar unterstellt werden. Ihre unabhängige Arbeitsweise ist zu gewährleisten.
5. Die personelle und sächliche Ausstattung der Innenrevision muss sich angemessen an behördenspezifischen

Kriterien orientieren, insbesondere an Risikopotential, Größe, Struktur oder Komplexität.

IV.

Aufgaben der Innenrevision

1. Die Innenrevision erbringt insbesondere Prüfungs- und Beratungsleistungen.
 - a) Prüfungsleistungen umfassen die objektive Analyse und Bewertung durch die Innenrevision, um eine unabhängige Meinung oder Schlussfolgerung zu einem Sachverhalt, wie zum Beispiel zu einem Prozess, einer Funktion oder einem System, abzugeben.
 - b) Beratungsleistungen erfassen insbesondere die Abgabe und Erörterung von Optimierungsvorschlägen, wobei von den Zielsetzungen des Auftraggebers und des zu Beratenden auszugehen ist.
2. Die Prüfungs- und Beratungsleistungen erstrecken sich auf alle Organisationseinheiten und auf das gesamte Verwaltungshandeln innerhalb des nach Teil A Ziffer III Nummer 1 und 2 vorgegebenen Zuständigkeitsbereiches. Dabei hat die Innenrevision auch die behördlichen Strukturen, Prozesse und Einzelvorgänge zu betrachten. In der Regel werden durch die Analyse von Vorgängen aus der Vergangenheit Hinweise gegeben, wie die Arbeitsweisen und Verfahren für die Zukunft verbessert werden können. Die Tätigkeit der Innenrevision ist jedoch nicht auf abgeschlossene Vorgänge beschränkt.
3. Soweit die Innenrevision Abweichungen, Schwachstellen und Optimierungsmöglichkeiten feststellt, soll sie Empfehlungen für deren Beseitigung und künftige Vermeidung sowie Hinweise und Vorschläge für vorzunehmende Maßnahmen geben (Handlungsempfehlungen).
4. Die Innenrevision hat einen Arbeitsplan zu erstellen, der vor allem die anstehenden Aufgaben und Prüfungen beinhaltet und der regelmäßig fortzuschreiben ist. Der Arbeitsplan bedarf der Genehmigung durch den unmittelbaren Vorgesetzten der Innenrevision. Unmittelbarer Vorgesetzter im Sinne dieser Verwaltungsvorschrift ist diejenige Person, dem die Innenrevision zugeordnet ist (Teil A Ziffer III Nummer 1 und 2).
5. Die Innenrevision prüft insbesondere, ob
 - a) die geltenden Rechtsnormen eingehalten werden (Rechtmäßigkeitsprüfung);
 - b) die internen oder externen Vorgaben, Standards, Vorgaben der Behördenleitung, Anweisungen, Erlasse eingehalten werden oder Abweichungen in Prozessen zwischen dem vorgegebenen Soll-Zustand und dem bestehenden Ist-Zustand bestehen (Ordnungsmäßigkeitsprüfung). Unter einem Prozess wird die Abfolge von Arbeitsschritten verstanden, die zur Erstellung einer definierten materiellen oder immateriellen Leistung (Produkt oder Dienstleistung) notwendig sind, wobei die Tätigkeiten zeitgleich ablaufen und auch mehrere zuständige Bearbeiter, Organisationseinheiten oder Externe beteiligt sein können;
 - c) die Grundsätze wirtschaftlichen Handelns gewahrt werden oder Prozesse effektiver und effizienter erledigt werden können (Wirtschaftlichkeitsprüfung);
 - d) die Art und Weise des Verwaltungshandelns zweckmäßig ist, das heißt zur Herbeiführung des gewünschten Erfolgs geeignet und hinreichend wirksam ist (Zweckmäßigkeitsprüfung);
- e) komplexe Verfahren, Abläufe sowie Prozesse Risiken aufweisen und Handlungsempfehlungen mit dem Ziel der Systemverbesserung erforderlich sind (Systemprüfung). Das Risiko wird als die Möglichkeit des Eintretens eines Ereignisses, das sich auf das Erreichen von Zielen auswirkt, definiert und im Hinblick auf seine Auswirkungen und deren Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet. Als Systemprüfungen sind insbesondere Prüfungen des IKS und des Risikomanagementsystems anzusehen;
- f) die allgemeine Funktionsfähigkeit einzelner behördlicher Bereiche und Prozesse gegeben ist oder Fehlerquellen und Schwachstellen in der Aufbau- und Ablauforganisation bestehen (Funktionsfähigkeitsprüfung).
6. Von den Prüfungen der Innenrevision ausgenommen sind im Hinblick auf ihre Rechte und Pflichten
 - a) nach dem Sächsischen Personalvertretungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. August 2018 (SächsGVBl. S. 570) die Personalvertretungen und
 - b) nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch vom 23. Dezember 2016 (BGBl. I S. 3234), das zuletzt durch Artikel 3 Absatz 6 des Gesetzes vom 9. Oktober 2020 (BGBl. I S. 2075) geändert worden ist, die Schwerbehindertenvertretung.
7. Der Innenrevision SMI sind zudem nachfolgende Aufgaben mit Wirkung für das Staatsministerium des Innern und für alle dem Staatsministerium des Innern nachgeordneten Staatsbehörden übertragen:
 - a) Bestimmung von Standards für die Prüfungstätigkeit der Innenrevisionen;
 - b) Festlegung der Methodik und der Vorgehensweise für die Feststellung korruptionsgefährdeter Arbeitsplätze und Dienstposten nach Ziffer III Nummer 1 der VwV Anti-Korruption;
 - c) Festlegung der Methodik und der Vorgehensweise für die Durchführung von Gefährdungsanalysen nach Ziffer III Nummer 2 der VwV Anti-Korruption und von Risikoanalysen;
 - d) Grundlagenarbeit im Bereich der präventiven Korruptionsbekämpfung nach Ziffer IV Nummer 1 Buchstabe d der VwV Anti-Korruption.
8. Die Innenrevision SMI ist beauftragt, im Staatsministerium des Innern Prüfungen nach Nummer 10 der Anlage 3 der Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. SDR. S. S 226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 22. Dezember 2020 (SächsABl. 2021 S. 20) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (SächsABl. SDR. S. S 352), zu § 79 der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 782) geändert worden ist, durchzuführen.

V.

Rechte und Pflichten der Innenrevision

1. Die Innenrevision hat gegenüber ihrem unmittelbaren Vorgesetzten und die Innenrevision Polizei auch gegenüber den Leitern der Polizeidienststellen und der Hochschule der Sächsischen Polizei (FH) ein jederzeitiges mündliches und schriftliches Vortragsrecht. Ein solches hat die Innenrevision SMI zudem gegenüber den Leitern

der dem Staatsministerium des Innern nachgeordneten Staatsbehörden ohne eigene Innenrevision.

2. Zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben hat die Innenrevision umfassende Informations-, Prüf- und Zutrittsrechte in alle Organisationseinheiten. Darüber hinaus hat sie ein Akteneinsichtsrecht einschließlich des Rechts auf Einsichtnahme in die dazugehörigen elektronischen Dateien und Datenbankauswertungen. Darüber hinaus kann sie Datenbankauswertungen veranlassen und einsehen.
3. Zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben hat die Innenrevision Zugang zu den Personalakten
 - a) der Beamten nur im Rahmen des § 111 Absatz 4 Satz 4 des Sächsischen Beamtengesetzes vom 18. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 970, 971), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 26. Februar 2021 (SächsGVBl. S. 318) geändert worden ist, soweit sie zur Korruptionsbekämpfung tätig wird. Eine Auskunft ist grundsätzlich anonymisiert zu erteilen. Eine nicht anonymisierte Auskunft darf nur erteilt werden, wenn ansonsten der Prüfungsauftrag nicht durchgeführt werden könnte oder gefährdet wäre.
 - b) der Tarifbeschäftigten nach § 3 Absatz 2 des Sächsischen Datenschutzdurchführungsgesetzes vom 26. April 2018 (SächsGVBl. S. 198, 199), das durch Artikel 2 Absatz 4 des Gesetzes vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245) geändert worden ist, soweit sie die zur Durchführung ihrer Aufgaben erforderlichen Erkenntnisse nur auf diesem Weg und nicht durch Auskunft aus der Personalakte gewinnen kann.Jede Einsichtnahme ist aktenkundig zu machen.
4. Die Innenrevision ist berechtigt, im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung Bedienstete zu Sachverhalten zu befragen und Auskünfte einzuholen.
5. Alle Bediensteten haben die Tätigkeit der Innenrevision zu unterstützen und zu fördern. Sie sind verpflichtet, die hierzu erforderlichen Auskünfte zu geben.
6. Zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben, insbesondere bei fachlich komplexen Prüfungen, bei denen spezieller Sachverstand erforderlich ist, kann die Innenrevision auf Anforderung zeitweise personelle Unterstützung erhalten. Die Entscheidung erfolgt in Abstimmung mit der abgebenden Stelle durch den die Prüfung Beauftragenden nach Teil B Ziffer II Nummer 1 Satz 2 und 3. Auf Anforderung der Innenrevision sind die zur Durchführung von Prüfungen notwendigen Arbeitsmittel und Diensträume zur Verfügung zu stellen.
7. Externe Sachverständige können unter Beachtung der bestehenden Vorschriften beauftragt werden.
8. Prüfungen der Innenrevision sind als nichtförmliche Verwaltungsermittlungen jederzeit gegenüber den gesetzlich geregelten Verfahren, insbesondere Disziplinar- und Strafverfahren, abzugrenzen.
9. Werden im Rahmen einer Prüfung Tatsachen bekannt, die den Verdacht eines Dienstvergehens, eines Verstoßes gegen arbeitsrechtliche Pflichten oder einer Straftat rechtfertigen, ist die Prüfung unverzüglich zu unterbrechen. Der unmittelbare Vorgesetzte der Innenrevision ist über die Unterbrechung der Prüfung und über die bestehenden Verdachtsmomente unverzüglich zu unterrichten. Dieser entscheidet über das weitere Vorgehen.

Teil B Durchführung von Prüfungen

I. Prüfungsplanung

Prüfungen sind auf der Grundlage einer Risikoanalyse und unter Berücksichtigung von Vorschlägen für Prüfungen zu planen.

II. Prüfungsauftrag

1. Die Prüfung erfolgt aufgrund eines schriftlichen Prüfungsauftrages. Diesen erteilt der unmittelbare Vorgesetzte der Innenrevision. Hiervon bleibt unberührt, dass die Behördenleitung oder ihr Vertreter im Amt Prüfungsaufträge erteilen kann. Die Innenrevision kann jederzeit mit Prüfungen außerhalb des Arbeitsplanes beauftragt werden.
2. Den Prüfungsauftrag für Prüfungen nach Teil A Ziffer IV Nummer 8 erteilt die Leitung der Stabsstelle Innenrevision.
3. Der Prüfungsauftrag muss den Prüfungsgegenstand (Teil A Ziffer IV Nummer 5), den zu prüfenden Bereich und die Namen der prüfenden Personen beinhalten.

III. Prüfungsankündigung

1. Die Innenrevision soll die Prüfung der Abteilungsleitung der geprüften Organisationseinheit oder der Behördenleitung, soweit eine nachgeordnete Staatsbehörde betroffen ist, schriftlich ankündigen. Gleichzeitig soll die zuständige fachaufsichtsführende Organisationseinheit des Staatsministeriums des Innern über die Prüfung in einer nachgeordneten Staatsbehörde informiert werden.
2. In einer Einführungsbesprechung sollen der vorgesehene Ablauf der Prüfung und die im Zusammenhang mit der Prüfung stehenden Fragen erörtert werden. Dies soll neben einer sachgerechten Information auch dazu dienen, Verständnis bei den Betroffenen zu wecken und somit ein für die Durchführung der Prüfung förderliches Klima zu schaffen.
3. Der Innenrevision ist für die Dauer der Prüfung ein Ansprechpartner zu benennen.

IV. Prüfungshandlungen

1. Die Prüfung wird entsprechend dem Prüfungsauftrag durchgeführt.
2. Im Rahmen der Prüfung erhebt und bewertet die Innenrevision Sachverhalte. Die Prüfungsdurchführung wird dokumentiert. Die Ergebnisse der Prüfung sollen mit der geprüften Organisationseinheit erörtert werden.
3. Die Prüfung soll grundsätzlich von mindestens zwei Personen in Teamarbeit erfolgen.

V.

Berichterstattung und Prüfungsabschluss

1. Soweit aufgrund der Prüfungsergebnisse geboten, soll die Innenrevision einen Prüfungsbericht erstellen, der die Ergebnisse der Prüfung enthält. Der Prüfungsbericht soll mit der geprüften Organisationseinheit abgestimmt werden. Abschließend erhalten erhält die Abteilungsleitung der geprüften Organisationseinheit oder die Behördenleitung, soweit eine nachgeordnete Staatsbehörde betroffen ist, den Prüfungsbericht. Ihnen soll Gelegenheit zur Erörterung und Stellungnahme gegeben werden.
2. Die Ergebnisse der Prüfung werden dem unmittelbaren Vorgesetzten der Innenrevision mit einem Vermerk oder mit dem Prüfungsbericht vorgelegt. Die Behördenleitung oder der unmittelbare Vorgesetzte der Innenrevision entscheidet über die von der Innenrevision im Vermerk oder im Prüfungsbericht vorgeschlagenen Handlungsempfehlungen nach Teil A Ziffer IV Nummer 3.
3. Die Ergebnisse der Prüfungen nach Teil A Ziffer IV Nummer 8 werden grundsätzlich in einer Niederschrift festgehalten. Im Übrigen gelten Absatz 1 und 2 entsprechend.
4. Die in Nummer 1 benannten Personen erhalten eine Mehrfertigung des Vermerkes, des Prüfungsberichtes oder der Niederschrift.

VI.

Umsetzung der Handlungsempfehlungen und Nachschau

1. Die Umsetzung der nach Teil B Ziffer V Nummer 2 Satz 2 beschlossenen Handlungsempfehlungen obliegt der geprüften Organisationseinheit. Die Zuständigkeiten anderer Organisationseinheiten bleiben unberührt.
2. Die Innenrevision soll die Umsetzung der Handlungsempfehlungen im Rahmen einer Nachschau überprüfen.

Teil C

Qualitätssicherung, Akzeptanz der Innenrevision und Aufsicht

I.

Qualitätssicherung

1. Die Innenrevision soll durch geeignete Maßnahmen die Qualität ihrer Arbeit sichern. Das kann erfolgen durch:
 - a) aufgabenspezifische Fortbildung,
 - b) transparente Prüfungsprozesse,
 - c) standardisierte Prüfungsabläufe,

- d) Erfahrungsaustausch,
- e) Hospitation bei anderen Innenrevisionen oder vergleichbaren Prüfungseinrichtungen.

2. Die Innenrevision SMI stellt einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch mit der Innenrevision Polizei und den Innenrevisionen der nachgeordneten Staatsbehörden sicher. Die Bediensteten der Innenrevisionen sind zu einer regelmäßigen Fortbildung verpflichtet.

II.

Akzeptanz der Innenrevision

1. Der Erfolg der Innenrevision hängt wesentlich von ihrer Akzeptanz bei den Bediensteten ab. Daher soll die Innenrevision mit den Bediensteten vertrauensvoll zusammenarbeiten.
2. Die Bediensteten können sich unmittelbar an die Innenrevision wenden.
3. Die Innenrevision, die Empfehlungen über Standards für Innenrevisionen in der Sächsischen Landesverwaltung und diese Verwaltungsvorschrift sollen allen Bediensteten in geeigneter Weise im Intranet der Behörde bekannt gegeben werden.

III.

Aufsicht

1. Die Aufsicht über die Innenrevisionen der nachgeordneten Staatsbehörden obliegt der Innenrevision SMI. Damit die Unabhängigkeit, Integrität und Objektivität der Innenrevisionen der nachgeordneten Staatsbehörden gewahrt bleibt, bezieht sich die Aufsicht ausschließlich auf
 - a) die Einrichtung einer Innenrevision,
 - b) die Durchführung von Risikoanalysen und
 - c) auf die Teilnahme am regelmäßigen Erfahrungsaustausch.
2. Die Innenrevisionen der nachgeordneten Staatsbehörden übersenden der Innenrevision SMI ihren nach Teil A Ziffer IV Nummer 4 Satz 1 aufzustellenden Arbeitsplan zur Information.

Teil D

Inkrafttreten und Außerkrafttreten

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft. Gleichzeitig tritt die VwV Innenrevision SMI vom 27. November 2018 (SächsABl. S. 1458), enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 27. November 2019 (SächsABl. Sdr. S. S 339), außer Kraft.

Dresden, den 17. März 2021

Der Staatsminister des Innern
Prof. Dr. Roland Wöller

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen
Verwaltungsvorschrift
des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen
zur Gewährleistung der Informationssicherheit im Geschäftsbereich
(VwV Informationssicherheit SMF)
Vom 24. März 2021

I.
Regelungsgegenstand

1. Zur Gewährleistung der Informationssicherheit im Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Finanzen (SMF) ist das Sächsische Informationssicherheitsgesetz vom 2. August 2019 (SächsGVBl. S. 630) anzuwenden.
2. Ergänzend gelten nachfolgende Regelungen.

II.
Geltungsbereich

1. Die Verwaltungsvorschrift gilt für alle Behörden und Einrichtungen des Geschäftsbereichs des SMF.
2. Die Anwendung dieser Verwaltungsvorschrift wird den der Aufsicht des Freistaates Sachsen unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie den Unternehmen mit staatlicher Beteiligung im Geschäftsbereich des SMF empfohlen.

III.
Grundsätze und Ziele der Informationssicherheit

1. Die Informationssicherheit hat im Geschäftsbereich des SMF einen hohen Stellenwert, da alle strategischen und operativen Geschäftsprozesse mit den dort enthaltenen und zu verarbeitenden Informationen und Daten von der Gewährleistung der Informationssicherheit abhängen. Nur so können die Fachaufgaben des Geschäftsbereichs des SMF in angemessener Qualität, sicher, verlässlich, integer und wirtschaftlich erfüllt werden. Ein Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS) ist daher eine wesentliche Grundlage für die Arbeit in den Behörden und Einrichtungen des Geschäftsbereichs des SMF.
2. Jede Behörde entwickelt ein Informationssicherheitskonzept, soweit dies aufgrund der Anforderungen und Gegebenheiten der betroffenen Behörden und Dienststellen zweckmäßig und wirtschaftlich ist. Es ist stets auf dem aktuellen Stand zu halten, ständig den sich verändernden Rahmenbedingungen anzupassen und laufend zu überprüfen.
3. Weitere Einzelheiten und nähere Regelungen zu dem Informationssicherheitsprozess ergeben sich aus den behördenspezifischen Leitlinien für die Informationssicherheit sowie weiteren Richtlinien, detaillierten Regelungen und Dienstanweisungen zur Informationssicherheit für den Geschäftsbereich des SMF.

4. Die Gesamtverantwortung für die Informationssicherheit trägt die jeweilige Behördenleitung.

IV.
Informationssicherheitsbeauftragte/r

1. Im SMF ist der oder die Informationssicherheitsbeauftragte (ISB SMF) nebst Vertretung benannt. Der oder die ISB SMF unterstützt die Behördenleitung bei der Wahrnehmung ihrer Gesamtverantwortung für die Informationssicherheit, koordiniert die Umsetzung der Informationssicherheit im Geschäftsbereich und übt die Fachaufsicht aus.
2. In den Behörden des nachgeordneten Geschäftsbereichs sind grundsätzlich weitere ISB und Vertretungen benannt. Erfolgt keine Benennung, wird die Aufgabe von der Behördenleitung wahrgenommen. Bei Bedarf sind an jedem Standort einer Behörde lokale ISB zu ernennen, die die ISB der Behörden vor Ort vertreten und ihnen zurarbeiten.
3. Die Beteiligung der ISB an informationssicherheitsrelevanten Vorgängen ist in den Behörden sicherzustellen.
4. Der oder die ISB SMF vertritt den Geschäftsbereich des SMF in der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe Informationssicherheit (AG IS) als koordinierendes Gremium für übergreifende Aspekte der Informationssicherheit.

V.
Informationssicherheitsmanagementteam

1. Im SMF wird zur Unterstützung des oder der ISB SMF bei der Erfüllung der Aufgaben ein Informationssicherheitsmanagementteam (ISM-Team SMF) gebildet. Es setzt sich zusammen aus dem oder der ISB SMF und der IT-Leitung des SMF als ständige Mitglieder sowie, soweit eine Fachanwendung betroffen ist, mindestens einer Vertretung der betroffenen Fachreferate. Bei Bedarf werden der oder die Datenschutzbeauftragte des SMF, der oder die Geheimschutzbeauftragte des SMF, die ISB der nachgeordneten Behörden oder weitere Beteiligte hinzugezogen.
2. In den Behörden des nachgeordneten Geschäftsbereichs sollen ebenfalls ISM-Teams gebildet werden.

VI.
Arbeitskreis Informationssicherheit

1. Im Geschäftsbereich des SMF wird der Arbeitskreis Informationssicherheit (AK InfoSic) eingerichtet, der das

behördenübergreifende Gremium zur Abstimmung von Fragen der Informationssicherheit darstellt.

2. Der AK InfoSic tagt in regelmäßigen Abständen oder nach Bedarf unter der Leitung des oder der ISB SMF. Mitglieder sind die ISB des Ressorts. Der AK InfoSic wird über den oder die ISB SMF an allen übergeordneten Planungs- und Strategievorgängen beteiligt.

VII.

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft. Gleichzeitig tritt die VwV Informationssicherheit SMF vom 22. März 2017 (SächsABl. S. 527), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (SächsABl. SDr. S. S 352), außer Kraft.

Dresden, den 24. März 2021

Der Staatsminister der Finanzen
Hartmut Vorjohann

Sächsisches Staatsministerium für Kultus

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung der Verwaltungsvorschrift über die Errichtung des Landesbeirates für Erwachsenenbildung (VwV LBEB)

Vom 25. März 2021

I.

Die Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über die Errichtung des Landesbeirates für Erwachsenenbildung vom 17. November 2016 (MBI. SMK S. 346), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 8. Juli 2020 (MBI. SMK S. 131) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (SächsABl. SDr. S. S 385), wird wie folgt geändert:

Ziffer II Nummer 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

1. In der Aufzählung wird nach dem Wortlaut zu Buchstabe k folgender neuer Buchstabe l eingefügt:
„l) ein Vertreter des Landessportbundes Sachsen,“
2. Die Buchstaben l und m werden die Buchstaben m und n.

II.

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 25. März 2021

Der Staatsminister für Kultus
Christian Piwarz

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zum Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes über die Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zur wesentlichen Änderung des Heizkraftwerkes Leipzig der Firma Stadtwerke Leipzig GmbH am Standort Leipzig

Gz.: 44-8431/2061

Vom 26. März 2021

Die Landesdirektion Sachsen hat der Stadtwerke Leipzig GmbH in 04109 Leipzig, Augustusplatz 7, mit Datum vom 5. Februar 2021 eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung für die wesentliche Änderung der Gas- und Dampfturbinenanlage (GuD-Anlage) des Heizkraftwerkes Leipzig am Standort 04105 Leipzig, Eutritzscher Straße 14 b, mit folgendem verfügenden Teil, erteilt.

I. Entscheidung:

- 1.1 Der Firma Stadtwerke Leipzig GmbH, Augustusplatz 7, 04109 Leipzig wird unbeschadet der Rechte Dritter gemäß § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in Verbindung mit § 1 und Nummer 1.1 des Anhangs 1 zu § 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen die immissionsschutzrechtliche Genehmigung für die wesentliche Änderung folgender Anlage erteilt:

Gas- und Dampfturbinenanlage (GuD-Anlage)
des Heizkraftwerkes Leipzig

Standort: Betriebsgelände in 04105 Leipzig, Eutritzscher Straße 14 b
Gemarkung Leipzig
Flur Leipzig
Flurstück 2719/14

- 1.2 Die Genehmigung berechtigt zu nachfolgenden Änderungsmaßnahmen:

- Leistungserhöhung der Gasturbinen 81 und 82 auf jeweils 197,2 MW Feuerungswärmeleistung einschließlich der Erhöhung der Feuerungswärmeleistung der GuD-Anlage auf 447,4 MW
 - Erhöhung der Dampfmengen der Abhitzeessel AHK 83/84
 - Erhöhung der Schornsteine Quellen GuD 1 und GuD 2 von 55 m auf 59 m
 - Ersatz der Dampfturbine durch zwei Dampfturbinen (Anzapf-Gegendruck-Maschine; elektrische Leistung circa 28 MW, Dampfmassenstrom circa 120 t/h; Frischdampf Temperatur 520°C, 80 bar)
 - Anpassung und Austausch von Pumpen, Heizkondensatoren, Reduzierstationen
 - Austausch Plattenwärmetauscher der Schaufelluftkühlung
- und zum wesentlich geänderten Betrieb der Anlage.

- 1.3 Die Genehmigung schließt nach § 13 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes andere behördliche Entscheidungen wie folgt ein:

- Emissionsgenehmigung nach § 4 des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes wie folgt:
GuD-Anlage FWL 447,4 MW
Emissionsquellen GuD 1 und GuD 2
- Baugenehmigung nach § 72 der Sächsischer Bauordnung für die beantragten baulichen Maßnahmen
- Erlaubnis nach § 18 Absatz 1 Nummer 1 der Betriebssicherheitsverordnung für die Änderung der Dampfkesselanlage bestehend aus zwei Dampferzeugern (Abhitzeessel) mit der Reg.-Nr. SE 32/1.0 -18/94-Ä1/19 in folgendem Umfang:

Kenndaten	AHK83	AHK84
Kategorie (DGRL)	IV	IV
Bauart	Abhitzeessel	Abhitzeessel
Herstell-Nr.	19839	19841
Baujahr	1994	1994
max. zulässige Dampferzeugung	123,3 t/h	123,3 t/h

einschließlich folgender Maßnahmen

- Leistungserhöhung der Gasturbinen GT81/82 (Turn-up)
- Dampfmengenerhöhung der Abhitzeessel AHK83/84
- Ersatz der Bestandsdampfturbine durch zwei neue Dampfturbinen
- Ersatz der auf die neuen Dampfdrücke angepassten Heizkondensatoren, Installation zusätzlicher ND-Kondensatpumpen
- optimierte Einbindung des Schaufelluftkühlkreislaufes in den Prozess, Erneuerung der Wärmeübertrager
- Ersatz der Dampfreduzierstationen durch druckangepasste und mengenregelfähige HD-Stationen
- Ersatz der Kesselspeisepumpen, Ersatz der Drossel- durch FU-Regelung
- Ersatz der Überhitzer-Einspritzkühler und Einspritzregelventile
- Ersatz der Fernheizumwälzpumpen und der Schwachlastpumpen
- Ersatz und Bedarfsanpassung der Steuerluftstationen
- Ersatz und Anpassung von Rohrleitungen und Armaturen im Speisewasser- und Frischdampfsystem

- 1.4 Die Genehmigung wird nach Maßgabe der Antragsunterlagen vom 26. November 2018, zuletzt geändert mit Unterlagen vom 15. Juli 2020 sowie mit Nebenbestimmungen laut Abschnitt IV. erteilt.

1.5 Für die Durchführung des Genehmigungsverfahrens sind gemäß § 1 Absatz 1 des Sächsischen Verwaltungskostengesetzes Kosten zu erheben. Die Kosten des Verfahrens hat die Stadtwerke Leipzig GmbH als Antragstellerin zu tragen. Über die Höhe der Kosten ergeht ein gesonderter Kostenfestsetzungsbescheid.

Hinweis:

Die Genehmigung wird unbeschadet der Rechte Dritter und der behördlichen Entscheidungen erteilt, die nach § 13 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes nicht von der Genehmigung eingeschlossen werden. Der rechtmäßige Gebrauch der Genehmigung setzt das Vorliegen gegebenenfalls weiterer erforderlicher Zulassungen voraus.

Der Genehmigungsbescheid enthält folgende Rechtsbehelfsbelehrung:

„Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Zustellung schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch eingelegt werden bei der Landesdirektion Sachsen, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Schriftform kann auch ersetzt werden durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite www.lds.sachsen.de/kontakt abrufbar.“

Der Genehmigungsbescheid mit den getroffenen Nebenbestimmungen einschließlich der Begründung und zugehörigen Antragsunterlagen liegt

vom 16. April 2021 bis einschließlich 30. April 2021

bei folgender Stelle zur öffentlichen Einsichtnahme aus und kann während der angegebenen Dienstzeiten dort eingesehen werden.

Landesdirektion Sachsen, Abteilung Umweltschutz,
Zimmer 426, Braustraße 2 in 04107 Leipzig,
Montag und Mittwoch von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr sowie
von 13:00 Uhr bis 15:00 Uhr
Dienstag und Donnerstag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr
sowie von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
Freitag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr

Leipzig, den 26. März 2021

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter

Aufgrund der Covid-19-Pandemie sind bei der Einsichtnahme in die Planunterlagen die nachfolgend genannten Schutzmaßnahmen der Landesdirektion Sachsen zu beachten: Der Zutritt zum Auslegungsraum kann jeweils immer nur einer Person sowie den weiteren in ihrem Haushalt lebenden Personen gewährt werden. Um lange Wartezeiten und Personenansammlungen zu vermeiden, sollte daher vor der Einsichtnahme in die Planunterlagen ein Termin vereinbart werden. Ihre Terminanfrage richten Sie bitte an die Landesdirektion Sachsen, Referat 44, E-Mail daniela.adam@lds.sachsen.de, Tel. 0341 9774433. Vor Zutritt zum Auslegungsraum sind Besucher angehalten, sich beim Einlass- und Kontrolldienst zu melden und dort eine Selbstauskunft darüber zu erteilen, ob sie spezifische Symptome der Krankheit Covid-19 aufweisen oder innerhalb der letzten 14 Tage Kontakt zu infizierten Personen hatten. Das Formular wird durch den Einlass- und Kontrolldienst ausgegeben und wieder entgegengenommen. Auf das Erfordernis zum Tragen von Mund-Nasenschutz bei der Einsichtnahme wird hingewiesen.

Der Genehmigungsbescheid ist im Internet unter der Adresse:

https://www.lds.sachsen.de/bekanntmachung/?ID=14256&art_param=664&q=1

einsehbar.

Die öffentliche Bekanntmachung ergeht gemäß § 10 Absatz 8 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 9. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2873) geändert worden ist, unter folgenden Hinweisen:

1. Der Genehmigungsbescheid enthält zahlreiche Nebenbestimmungen.
2. Der Genehmigungsbescheid gilt mit dem Ende der Auslegungsfrist auch gegenüber Dritten, die keine Einwendungen erhoben haben, als zugestellt.
3. Nach der öffentlichen Bekanntmachung können der Bescheid und seine Begründung bis zum Ablauf der Widerspruchsfrist von den Personen, die Einwendungen erhoben haben, schriftlich oder elektronisch bei der Landesdirektion Sachsen, 09105 Chemnitz oder über poststelle@lds.sachsen.de, angefordert werden.

Die Entscheidung wird auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lds.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Umweltschutz bekannt gemacht.

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
gemäß § 23a Absatz 2 Satz 3 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
zum Vorhaben
Änderung einer Anlage zur Lagerung von gefährlichen Stoffen
der Infineon Technologies Dresden GmbH & Co. KG in Dresden**

Gz.: DD44-8432/2/41

Vom 24. März 2021

Gemäß § 23a Absatz 2 Satz 3 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274, 2021 S. 123), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 9. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2873) geändert worden ist, wird Folgendes bekannt gemacht:

Die Infineon Technologies Dresden GmbH & Co. KG, Königsbrücker Straße 180 in 01109 Dresden, zeigte mit Datum vom 17. Februar 2021 bei der Landesdirektion Sachsen die Änderung einer Anlage zur Lagerung von Gasen (Sauerstoff und Wasserstoff) am genannten Standort an.

Die Landesdirektion Sachsen hat mit Bescheid vom 22. März 2021 (Geschäftszeichen DD44-8432/2/41) gemäß § 23a Absatz 2 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes festgestellt, dass dieses Vorhaben keiner störfallrechtlichen Genehmigung gemäß § 23b Absatz 1 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes bedarf, da der angemessene Sicherheitsabstand zu benachbarten Schutzobjekten weder erstmalig unterschritten, noch der bisherige angemessene Sicherheitsabstand zu benachbarten Schutz-

objekten räumlich noch weiter unterschritten wird und durch das Vorhaben auch keine erhebliche Gefahrenerhöhung ausgelöst wird.

Es wird kein störfallrechtliches Genehmigungsverfahren gemäß § 23b des Bundes-Immissionsschutzgesetzes durchgeführt.

Der oben genannte Bescheid ist entsprechend § 23a Absatz 2 Satz 3 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes der Öffentlichkeit gemäß den Bestimmungen des Sächsischen Umweltinformationsgesetzes vom 1. Juni 2006 (SächsGVBl. S. 146), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 25 des Gesetzes vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245) geändert worden ist, in der Landesdirektion Sachsen, Dienststelle Dresden, Referat 44, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden zugänglich.

Diese Bekanntmachung ist auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> vom 15. April 2021 bis einschließlich 29. April 2021 einsehbar.

Dresden, den 24. März 2021

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zur Entstehung der DL-Stiftung

Gz.: 20-2245/668/1

Vom 22. März 2021

Durch Anerkennung der Landesdirektion Sachsen vom 11. Februar 2021 ist die mit Stiftungsgeschäft vom 17. November 2020 errichtete „DL-Stiftung“ als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts mit Sitz in Dresden entstanden. Zweck der Stiftung ist die Beteiligung als Gesellschafterin, gegebenenfalls auch als Komplementärin mit oder ohne Geschäftsführungsrechten und -pflichten, an Gesellschaften, insbesondere Kommanditgesellschaften, der

Schwarz Gruppe. Stiftungszweck ist namentlich die Sicherung des Bestands und der weitere Ausbau der jeweiligen Gesellschaft und der gesamten Schwarz Gruppe.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Dresden, den 22. März 2021

Landesdirektion Sachsen
Koller
Abteilungsleiter

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zur Entstehung der Stiftung Illingmühle Reichenau

Gz.: 20-2245/670/1

Vom 22. März 2021

Durch Anerkennung der Landesdirektion Sachsen vom 17. Februar 2021 ist die von Herrn Dieter Popp, Frau Teresa Benzner, Frau Christina Barthel und Herrn Benjamin Löffler mit Stiftungsgeschäft vom 13. Februar 2021 errichtete „Stiftung Illingmühle Reichenau“ als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts mit Sitz in Hartmannsdorf-Reichenau entstanden.

Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke, nämlich die

- Förderung des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege
- Förderung von Kunst und Kultur

- die Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes und der Naturschutzgesetze der Länder und des Umweltschutzes
- Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens
- die Förderung des traditionellen Brauchtums.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Dresden, den 22. März 2021

Landesdirektion Sachsen
Koller
Abteilungsleiter

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Landratsamtes Vogtlandkreis über die Genehmigung der Zweckvereinbarung zur Übertragung der Baulast an der „Unterbuchwalder Straße“ in Buchwald nach § 9 des Sächsischen Straßengesetzes zwischen der Stadt Reichenbach im Vogtland und der Gemeinde Limbach

Vom 9. März 2021

Das Landratsamt Vogtlandkreis hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 9. März 2021, Az.: 093.024-331-4 auf der Grundlage der §§ 71 und 72 in Verbindung mit § 49 Absatz 1 Satz 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), die Zweckvereinbarung zur Übertragung der Baulast an der „Unterbuchwalder Straße“ in Buchwald nach § 9 des Sächsi-

schen Straßengesetzes genehmigt. Der Zweckvereinbarung liegen Beschlüsse des Stadtrates der Stadt Reichenbach im Vogtland vom 7. Dezember 2020 sowie des Gemeinderates der Gemeinde Limbach vom 1. Februar 2021 zugrunde. Die Zweckvereinbarung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Zweckvereinbarung in Kraft.

Plauen, den 9. März 2021

Landratsamt Vogtlandkreis
Rolf Keil
Landrat

Zweckvereinbarung zur Übertragung der Baulast an der „Unterbuchwalder Straße“ in Buchwald nach § 9 des Sächsischen Straßengesetzes (SächsStrG)

Zwischen

der **Großen Kreisstadt Reichenbach im Vogtland**
vertreten durch den Oberbürgermeister,
Herrn Raphael Kürzinger
Markt 1, 08468 Reichenbach

nachfolgend als Stadt Reichenbach bezeichnet

und

der **Gemeinde Limbach**
vertreten durch den Bürgermeister,
Herrn Bernd Damisch
Alte Schulgasse 1
08491 Limbach

wird auf der Grundlage der §§ 71 und 72 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019, nachfolgende Zweckvereinbarung abgeschlossen.

§ 1

Übertragung von Aufgaben

Die Stadt Reichenbach überträgt für die Unterbuchwalder Straße im Ortsteil Buchwald, gelegen auf den Flurstücken 436, 438 und 439 der Gemarkung Schneidenbach mit einer Länge von 290 m, die Straßenbaulast nach § 44 Abs. 1 Satz 3 und § 9 Abs. 1 SächsStrG sowie das Schneeräumen, das Streuen bei Schnee- und Eisglätte, die Reinigung und die Beleuchtung auf die Gemeinde Limbach.

§ 2

Kostenaufbringung

Für die Erledigung der übertragenen Aufgaben übernimmt die Gemeinde Limbach die Kosten der Straßenbaulast und die Kosten für das Schneeräumen. Sie erhält ab 01.01.2021 für den Straßenabschnitt den Betrag nach dem Finanzausgleichsgesetz (Straßenlastenausgleich).

§ 3

Haftung

Mit der Übertragung der Aufgaben nach § 1 dieser Zweckvereinbarung übernimmt die Gemeinde Limbach ab Inkrafttreten der Zweckvereinbarung die Haftung für die Wahrnehmung dieser Aufgaben. Eine Haftung der Stadt Reichenbach im Vogtland wird ausgeschlossen, außer wenn diese von der Versicherung getragen wird.

§ 4

Nebenabreden und Änderungen

Nebenabreden und Änderungen sind nur wirksam, wenn sie schriftlich vereinbart wurden.

§ 5

Laufzeit

Die Zweckvereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. § 72 Abs. 3 SächsKomZG bleibt unberührt.

§ 6

Vorzeitige Aufhebung

Ein Antrag auf vorzeitige Aufhebung der Zweckvereinbarung kann gestellt werden, wenn dem Vertragspartner ein Lösungsvorschlag unterbreitet wird und ist nur im gegenseitigen Einvernehmen möglich.

§ 7

Genehmigungspflicht

Die Zweckvereinbarung sowie deren Änderungen bedürfen der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde.

§ 8

Inkrafttreten

Die Zweckvereinbarung tritt am Tag nach der Bekanntmachung der Genehmigung und der Bekanntmachung der Zweckvereinbarung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Reichenbach, den 17. Februar 2021

Raphael Kürzinger
Oberbürgermeister
Stadt Reichenbach

Limbach, den 10. Februar 2021

Bernd Damisch
Bürgermeister
Gemeinde Limbach

Bekanntmachung der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung über die Prüfung und Verwendung von Programmen

Vom 31. März 2021

Auf Grund von § 87 Absatz 2 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2020 (SächsGVBl. S. 722) geändert worden ist, in Verbindung mit § 20 der Sächsischen Kommunalprüfungsverordnung vom 25. Oktober 2011 (SächsGVBl. S. 604), die durch Artikel 1 der Verordnung vom 28. März 2017 (SächsGVBl. S. 194) geändert worden ist, hat die Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD) folgende Programme für die Verwendung im Freistaat Sachsen neu zugelassen:

SASKIA.de IFR kommunale Doppik, Version 4.1
der SASKIA Informations-Systeme GmbH, Chemnitz
(Prüfbereich HKR.Doppik)

und

IFRSachsen.Ki-Sa, Programmteil HKR Doppik, Version 4.1
des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung
Sachsen (KISA), Leipzig
(Prüfbereich HKR.Doppik)

Bischofswerda, den 31. März 2021

Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung
Weber
Direktor

Der Umfang der durchgeführten Prüfungen ist in der

- VwV Prüfhandbuch AP.Doppik vom 8. August 2014 (SächsABl. S. 1442),
- VwV Prüfhandbuch HKR.Doppik vom 10. Juni 2020 (SächsABl. S. 845)

beschrieben.

Eine vollständige Übersicht der zugelassenen Programme ist im Internet unter „<http://www.sakd.de/>“ einsehbar.

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden
Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Lingnerallee 3
01069 Dresden
Telefon: 0351 4 85 26 0
Telefax: 0351 4 85 26 6 1
E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de
Internet: www.recht-sachsen.de
Verantwortlicher Redakteur: Rechtsanwalt Frank Unger

Druck:

Stoba-Druck GmbH
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

8. April 2021

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 199,90 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 39,37 Euro Postversand) bzw. 107,97 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 5,78 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Lingnerallee 3, 01069 Dresden
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 